



Verhafteter Chefredakteur Qoboza
„Ihr müßt auf die Straße gehen“

gen Südafrika. Die USA erarbeiteten den Vorschlag zusammen mit ihren westlichen Verbündeten im Sicherheitsrat, England, Frankreich, Kanada und der Bundesrepublik. Vor zwei Jahren noch hatten sie einen solchen Antrag durch ihr Veto zu Fall gebracht.

Jetzt versprach Carter, daß keine Ersatzteile für früher gelieferte Waffen mehr nach Südafrika exportiert werden dürfen. Auf seiner Pressekonferenz am Donnerstag letzter Woche nannte er zum ersten Mal Rhodesien „Zimbabwe“ und Südwestafrika „Namibia“ — die von den Unabhängigkeitskämpfern gebrauchten Namen.

Die härtere Haltung der Amerikaner und ihrer westlichen Verbündeten hatte Südafrikas Regierung mit einer Verhaftungswelle provoziert: Vorletzten Mittwoch holten Sicherheitspolizisten in den schwarzen Vorstädten, aber auch in weißen Villenvierteln von Johannesburg und Kapstadt Dutzende Männer aus den Betten.

Der Chefredakteur der größten Schwarzen-Zeitung „The World“, Percy Qoboza, wurde ebenso festgenommen wie der burisch-stämmige Leiter des Christlichen Instituts von Johannesburg, Beyers Naude. Die Regierung verbot 18 Organisationen, die Vorsters Rassenpolitik ablehnen, schloß „The World“ und „verbrannte damit die verbliebenen Brücken zwischen sich und der schwarzen Gemeinschaft“ (so das US-Magazin „Time“).

Minister Kruger wollte mit der Nacht-und-Nebel-Aktion „eine kleine Gruppe von Anarchisten“ ausschalten. Für die Oppositionspolitikerin Helen Suzman war sie jedoch „das völlige Eingeständnis der Regierung, nur noch

mit absolut despotischen Mitteln herrschen zu können“. Weltweit wurden Proteste laut. Nach Holland riefen auch die USA und die Bundesrepublik ihre Pretoria-Botschafter zur Berichterstattung nach Hause und kündigten schärfere Schritte an.

Ein weltweites Waffenembargo trifft Vorster jedoch heute nur noch bedingt. Denn Südafrika hat eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut, seit in den sechziger Jahren mehrere Staaten freiwillig darauf verzichteten, weiter Waffen ans Kap zu schicken.

Die staatliche „Armaments Development and Production Corporation“ beschäftigt heute rund 30 000 Arbeiter. Sie produzieren Bomber, Ausbildungsjets und Hochseefregatten, bauen gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriegeschütze und Raketen. Vom jährlichen Wehretat von zwei Milliarden Dollar (18 Prozent des Budgets) verwendet Südafrika etwa eine Milliarde für den Kauf von Waffen; 43 Prozent des Bedarfs kamen bislang aus dem Ausland, vor allem aus Frankreich.

So hat Südafrikas Luftwaffe unter ihren 600 Kampfflugzeugen rund hundert Mirage-Jäger und Jagdbomber. 100 Mirage-F1-A-Schwenkflügel-Maschinen werden im Lizenzverfahren in Südafrika hergestellt. Frankreich verkaufte Pretoria U-Boote und Zerstörer.

Im August versprach Paris den Schwarzafricanern, die Waffenexporte zu stoppen, geschlossene Verträge wollte es jedoch einhalten.

Mehr zu treffen wäre Südafrika mit einem Wirtschaftsembargo, für das sich bei der Uno die Staaten der Dritten Welt einsetzen und das Ex-Entwicklungsminister Egon Bahr vorige Woche bei der Afrika-Debatte im Bonner Bundestag zur Sprache brachte.

Aber weil die Bundesrepublik in Südafrika schätzungsweise eine halbe Milliarde Mark investiert hat, England 2,2 Milliarden Dollar und US-Firmen 1,5 Milliarden Dollar, wollen auch die Waffenboycott-Befürworter von solchen Vorschlägen nichts wissen.

„Wir werden den Strom der Geschichte nach unserem Geschmack umleiten“, verspricht Pretorias Außenminister Botha und droht dem amerikanischen Feind: „Südafrika wird Präsident Carter überleben.“

PORTUGAL

Klare Antwort

Bedrängt von den Angriffen der Opposition kämpft die sozialistische Minderheitsregierung von Premier Soares ums Überleben. Jetzt droht der Soares-Partei neue Gefahr — eine Abspaltung des linken Flügels.

Portugals Sozialisten warben um Sympathie und ernteten Spott:

Als die Parteimanager kürzlich in Lissabon zum Cocktail luden, um der Öffentlichkeit einen 584 Seiten starken Rechenschaftsbericht über die bisherige sozialistische Regierungstätigkeit vorzustellen, schien der Lissabonner Tageszeitung „Jornal Novo“ daran nur eines berichtenswert: Der angebotene Whisky, so höhnte das Blatt, sei „von abscheulicher Qualität“ gewesen.

Nach fünfzehn Monaten sozialistischer Minderheitsregierung hat sich in Portugal, so scheint es, eine politische Katerstimmung breitgemacht, die jeglichen Versuch lähmt, mit den schweren

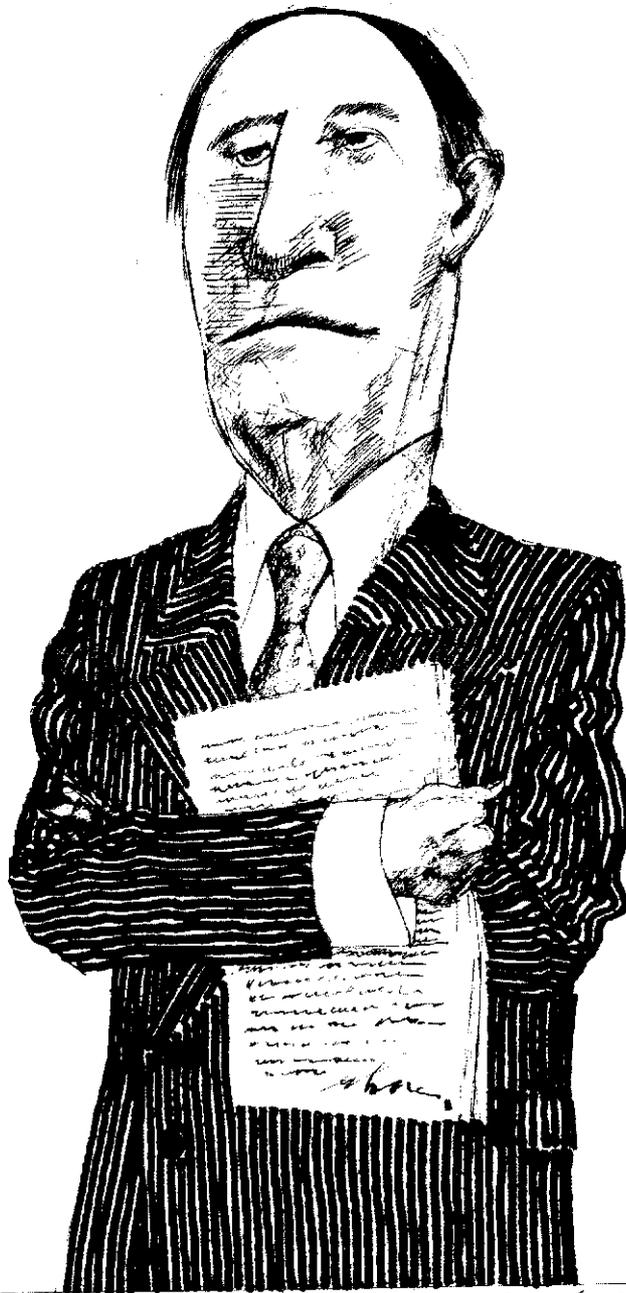


Landarbeiter-Genossenschaft in Portugal: „Nur noch eine Geisel der Rechten“



Data
Systems

PHILIPS



Ralph STEADMAN

PDV76/T

Statt vorgefaßter Meinung - neue Perspektiven. Philips Computer.

Computer straffen und beschleunigen Arbeitsabläufe in Verwaltung und Produktion. Sie machen Reserven sichtbar und eröffnen neue Möglichkeiten.

Philips Computer befreien kleine und mittlere Unternehmen vom Terminstreß in der Auftragsabwicklung, der Lohnabrechnung, der Kostenrechnung, der Finanz-

buchführung - kurzum: im gesamten Rechnungswesen.

Größere Unternehmen brauchen Philips Computer zum Aufbau komplexer Datenverbund-Systeme und auch für spezielle Aufgaben, die den Einsatz des Rechenzentrums nicht rechtfertigen.

Philips hat Computer-Systeme mit erprobter Software, Terminal-

Systeme, Datenerfassungssysteme und Prozeßrechner.

**Philips Computer.
Sicherheit für Sie und
Ihre Mitarbeiter.**

Problemen des ärmsten Landes in Westeuropa fertig zu werden.

Nur mühsam und unter wachsendem Druck von Kommunisten, Sozialliberalen und Konservativen konnte Premier Mário Soares sich in den vergangenen Monaten von einer Krise zur nächsten retten — und seit der vorigen Woche ist die ohnehin angeschlagene Regierungspartei drauf und dran, ihren Flügel zu verlieren.

31 Parteimitglieder — unter ihnen der ehemalige Landwirtschaftsminister António Lopes Cardoso und drei Parlamentsabgeordnete — wurden jetzt ultimativ aufgefordert, aus der Partei auszuscheiden, weil sie sich weigerten, ihre Zugehörigkeit zu der linksgerichteten „Arbeiterbruderschaft“ aufzugeben, einer radikalen Fraktion, die gegen Zugeständnisse der bedrängten Parteiführung an die Konservativen opponiert.

Die tiefe Kluft zwischen Linkssozialisten und Sozialdemokraten innerhalb der portugiesischen Regierungspartei war bereits offenkundig geworden, als im Herbst vergangenen Jahres der damalige Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso aus seinem Amt schied. Er hatte sich gegen Abstriche an seiner Landreform gewehrt, die den Großgrundbesitz in Portugals Südregion, dem Alentejo, unter landlose Bauern und Landarbeiter aufteilte.

Die Agrarreform, von den Kommunisten zunächst als zu lasch, von den Konservativen als zu radikal geschmäht, wurde in der Folgezeit Stück um Stück abgeschwächt — ein ständiger Streitpunkt für die Linken, die in der Rückgabe besetzter Ländereien an die Großgrundbesitzer einen Verrat an sozialistischen Idealen sahen.

Auf dem Parteikongreß der Sozialisten vor einem Jahr bestätigten zwar die Genossen Regierungschef Mário Soares mit großer Mehrheit als Parteivorsitzenden. Doch für die Wahlen zur 151köpfigen Nationalkommission der Partei stellten sie eine linke Gegenliste auf, die zum Ärger der Parteiführung ein Viertel aller abgegebenen Stimmen erhielt.

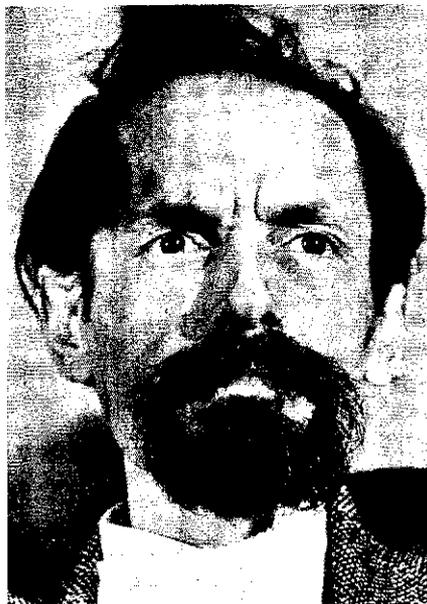
Schon wenige Tage später mußten fünf Kandidaten der linken Liste ihr Parteibuch zurückgeben. „Wir können“, so Vorstandsmitglied Manuel Alegre, „nicht die Existenz einer Partei innerhalb der Partei dulden.“ Doch die Parteiräson war damit noch längst nicht wiederhergestellt.

Im Januar mußten abermals vier Linksabweichler gehen, darunter zwei, die bei der Abstimmung über den Haushaltsplan der sozialistischen Minderheitsregierung gegen die Vorlage ihrer eigenen Partei gestimmt hatten. Als der Parteivorstand wenig später auf einem Sonderparteitag versuchte, ein Verbot der Kritik an der Führung durchzusetzen, scheiterte er.

Kurz darauf gründeten die Linken um Lopes Cardoso die „Arbeiter-

bruderschaft“ (Fraternidade Operária) — ein Versuch, den verbliebenen Einfluß der sozialistischen Partei auf Arbeiter und Gewerkschaften zu retten. Denn die notwendigerweise unpopulären Maßnahmen, mit denen die sozialistische Regierung sich mühte, die schwere Wirtschaftskrise des Landes zu meistern — 35 Prozent Inflation, 15 Prozent Arbeitslose, etwa 12 Milliarden Mark Auslandsverschuldung — verprellten vor allem die Gewerkschaften. Nur zehn Einzelgewerkschaften sind heute noch sozialistisch, fast alle übrigen aber Domäne der Kommunistischen Partei.

Die regierenden Sozialisten, so warf denn auch Lopes Cardoso dem Parteichef Soares vor, hätten das „Parteiprogramm für ein Linsengericht verkauft“ und die Partei sei nur noch „eine Geißel der Rechten“.



Linkssozialist Lopes Cardoso
„Für ein Linsengericht verkauft“

Etwas Wahres ist schon daran — da die Regierungspartei im Parlament nur noch rund hundert Sitze hat, die sozialliberale PSD aber 73 und die rechtskonservative CDS 42, mußten die Sozialisten sich in der Tat mehrfach dem Druck von rechts beugen, um überhaupt regieren zu können. Denn die Kommunisten (40 Sitze), die in der Vergangenheit die Sozialisten gelegentlich im Parlament unterstützt hatten, kündigten vor drei Monaten jegliche weitere Zusammenarbeit auf.

Seither verschärfen Sozialliberale und Rechte ihrerseits den Druck auf die Sozialisten: Die PSD droht „systematische Opposition“ an, wenn sie nicht bis Ende Oktober eine „klare Antwort“ auf ihren Wunsch nach Regierungsbeteiligung erhalten habe. Und der Generalsekretär der CDS, Freitas do Amaral, tonte, es sei „eine nationale Notwendigkeit, der Regierung das Leben schwer zu machen und wenn möglich, sie durch eine andere zu ersetzen“.

Doch da eben liegt das Problem: Soares wehrt sich nach wie vor gegen jegliche Koalition nach links oder rechts, weil er in der Minderheitsregierung die einzige Chance sieht, die auseinanderstrebenden Flügel seiner Partei zusammenzuhalten. „Keine andere Partei“, erklärte er vergangene Woche, „wird mit uns auf unsere Kosten regieren.“ Ohne Sozialisten jedoch können die anderen Parteien auch nicht regieren. Selbst Neuwahlen, so ergaben Meinungsumfragen, würden das Patt nicht ändern.

Um das „Gleichgewicht der Ohnmächtigen“ (so der unabhängige Linke Jorge Sampaio) zu durchbrechen, rief Staatspräsident António Ramalho Eanes vor wenigen Tagen die Parteien eindringlich zur Verständigung auf — bislang vergebens.

Dennoch müht Soares sich, ein Kunststück nachzumachen, das sein Namensvetter und Amtskollege, der spanische Ministerpräsident Suárez, vergangene Woche erfolg- und trickreich über die Bühne brachte: alle Parteien auf einen politischen Notstandspakt zur Rettung der Demokratie und der Wirtschaft einzuschwören.

Doch Portugals Sozialliberale wollen sich, anders als die Spanier, mit den Kommunisten gar nicht erst an einen Tisch setzen. Und die Konservativen beharren: „Zuerst muß ein Regierungswechsel provoziert werden.“

SCHLEYER-FAHNDUNG

Wie Pygmallon

Während in Paris mehrere tausend Franzosen gegen Stammheim und für die RAF demonstrieren, machen die Elsässer bei der Fahndung nach den Schleyer-Mördern voll mit.

Wie James Bond“, urteilt ein Lokalreporter in Mülhausen, nachdem er den Kombi-Lastwagen aus Wiesbaden umrundet hat, der seit zehn Tagen im Hof des Zentralkommissariats steht.

Die Deutschen Terroristen-Ermittler hatten ihren französischen Kollegen den Einsatzwagen als Fahndungshilfe geschickt: ein mit Elektronik vollgepacktes Auto, mit tickerndem Fernschreiber, einem Bildfunkgerät und mit direktem Draht zum Datenspeicher nach Wiesbaden.

Doch die elsässischen Kripo-Beamten blieben reserviert. Zwar: „So was haben wir bei uns nicht“, sagt einer nach der Besichtigung, „aber ich finde, unsere Polizei sollte in ihren alten, grauen Räumen und bei ihren alten Methoden bleiben.“

Er zieht an seiner Pfeife und mimt den Romanhelden Kommissar Maigret: „Wir machen es nicht mit Technik, sondern mit Spürsinn und Intui-